

Datenschutzhinweise
gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
für Mitarbeiter

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Gemeinde Horgenzell vertreten durch Bürgermeister Volker Restle Kornstraße 44 88263 Horgenzell Tel: 07504 – 9701-0 E-Mail: info@horgenzell.de
Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r	Den behördlichen Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Horgenzell erreichen Sie unter datenschutz@horgenzell.de
Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	Zwecke der Verarbeitung Wir verarbeiten Ihre Daten im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses zur Eingehung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des jeweiligen Beschäftigungsverhältnisses oder zur Durchführung innerdienstlich planerischer, organisatorischer, personeller, sozialer oder haushalts- und kostenrechnerischer Maßnahmen, insbesondere zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes. Außerdem verarbeiten wir Ihre Daten soweit dies zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz, einem Tarifvertrag oder einer Kollektivvereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten erforderlich ist. Rechtsgrundlagen Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 88 DSGVO in Verbindung mit §15 LDSG (Datenverarbeitung bei Beschäftigungsverhältnissen) verarbeitet. In Einzelfällen können Verarbeitungen auch auf Basis Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs.1 Buchstabe a) DSGVO gestützt werden.
Datenarten und Datenquellen	Erforderliche Daten Wir verarbeiten in der Regel personenbezogene Daten von Ihnen, die für die Eingehung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind und die wir von Ihnen erhalten haben. Diese sind (nicht abschließend): • Personalien wie Name, Anschrift, Geburtsdaten, Kontaktdaten • Kontodaten, die zur Erfüllung des Vertrages notwendig sind (Bankverbindung) • Steuer- und Sozialversicherungsdaten, wie bspw. Steuerklasse, Steueridentifikationsnummer, Angaben zur Konfession etc. • Gesundheitsdaten, sofern für das Beschäftigungsverhältnis relevant, wie z.B. im Falle einer Schwerbehinderung • Daten, die nach §32 Jugendarbeitsschutzgesetz bei Minderjährigen notwendig sind • Angaben zu Qualifikation und Mitarbeiterentwicklung, wie Lebensläufe, Berufserfahrung, Zertifikate etc. • Daten zu Altersversorgung bzw. Pensionskasse • Daten zu Arbeitszeit, wie Arbeitszeiterfassung, Fehlzeiten wg. Krankheit, Urlaub, Mutterschafts- und Elternzeiten • Auftragsdaten, wie bspw. Antrag auf Reisekostenerstattung, Spesenerstattung etc.

	Sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten. Datenquelle Die Daten werden bei Ihnen direkt erhoben. Falls für die o.g. Zwecke erforderlich, verarbeiten wir zudem Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Stellen zulässigerweise erhalten haben oder die uns von Dritten berechtigterweise übermittelt worden sind.
Dauer der Speicherung	Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie sie für die Zweckerfüllung notwendig sind. In der Regel löschen wir Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Beschäftigungsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus Sozialgesetzbuch (SGB IV), Handelsgesetzbuch (HGB) und Abgabenordnung (AO). Das bedeutet, dass wir in der Regel nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, in der Regel sind das 10 Jahre nach Vertragsende, Ihre personenbezogenen Daten löschen.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Innerhalb unserer Verwaltung erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke benötigen, wie bspw. Personalabteilung, Schwerbehindertenvertretung etc. Zudem setzen wir in manchen Fällen Dienstleister ein, sog. Auftragsverarbeiter, wie bspw. Anbieter von Personalverwaltungssoftware, die in unserem Auftrag und gemäß unseren Weisungen zu den zuvor genannten Zwecken Daten verarbeiten können. Ist dies der Fall, so werden wir vor Übermittlung der Daten vertraglich sicherstellen, dass Ihre Daten im Einklang mit allen anwendbaren Datenschutzvorschriften übermittelt, geschützt und verarbeitet werden. Informationen über Beschäftigte dürfen wir grundsätzlich nur an externe Empfänger herausgeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir anderweitig zur Weitergabe befugt sind, wie bspw. an: - Sozialversicherungsträger - Krankenkassen - Versorgungswerke - Steuerbehörden - Öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Finanzbehörden)
Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte: Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung. Recht auf Datenberichtigung nach Art. 16 DSGVO, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten. Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen gemäß o.g. Artikel zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Abs.3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18

	DSGVO. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung nach Art. 18 DSGVO, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. Recht auf Datenübertragung nach Art. 20 DSGVO, in einem strukturierten Format, sofern die Voraussetzungen gem. o.g. Artikel erfüllt sind. Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.
Automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)	Wir nutzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO.
Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland (außerhalb EU)	Wir übermitteln grundsätzlich keine personenbezogenen Daten an Stellen in Drittstaaten oder internationale Organisationen.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen & Folgen der Verweigerung	Im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Eingehung, Durchführung oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten können wir das Beschäftigungsverhältnis nicht aufrechterhalten.
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde seiner Wahl, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a 70173 Stuttgart Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
Datum:	12.04.2024